

EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik verknüpft Analyse und Diskussion an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit, um Antworten auf aktuelle und grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu geben. Wir bieten wirtschafts- und sozialpolitische Analysen und entwickeln Konzepte, die in einem von uns organisierten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit vermittelt werden.

Autor_innen

Kristin Biesenbender, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

Timm Leinker, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Markus Schreyer, Leiter der Arbeitsbereiche Allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Europäische und globale Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen

Tagungsdokumentation des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik
vom 11. bis 12. Januar 2019 in Kochel am See

VORWORT

Beim Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung handelt es sich um ein Forum der Begegnung von Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen zum Zwecke der Erörterung aktueller und grundsätzlicher Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Es ist ein lockerer Zusammenschluss von Vertreter_innen universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter_innen sowie Vertreter_innen der staatlichen Verwaltung. Der Kocheler Kreis trifft sich seit über 30 Jahren immer an einem Wochenende im Januar in Kochel am See, um ein vorher festgelegtes, aktuelles wirtschafts- und/oder finanzpolitisches Thema zusammen mit weiteren externen Expert_innen zu diskutieren.

Die diesjährige Tagung fand vom 11. bis 13. Januar 2019 in der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See statt, an der rund 75 Mitglieder des Kocheler Kreises teilgenommen haben. Sie stand unter dem Titel: „Einkommens- und Vermögensungleichheit – Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen“. Die vorliegende Publikation stellt eine Tagungsdokumentation dar, die die wichtigsten Ergebnisse der Präsentationen und Diskussionen der Tagung zusammenfasst. Sie wurde von Kristin Biesenbender und Timm Leinker, beide Mitglieder des Kocheler Kreises, erstellt. Hierfür bedanken wir uns bei ihnen sehr herzlich. Am Ende der Publikation findet sich auch das Tagungsprogramm.

Wir wünschen allen Leser_innen viel Spaß bei der Lektüre!

Markus Schreyer

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

In Kochel am See stritten 75 Ökonom_innen über die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland und wie diese gerechter werden kann. Eine große Mehrheit der Wissenschaftler_innen ist sich jedoch in Folgendem einig:

EMPIRISCHER BEFUND

UNGLEICHVERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Die Einkommensungleichheit ist hoch.

Die Einkommensungleichheit hat sich in Deutschland trotz der raschen wirtschaftlichen Erholung nach der Finanzmarktkrise und der guten Beschäftigungsentwicklung nicht verringert. Bestimmte Teile der Bevölkerung haben unterschiedlich von der guten wirtschaftlichen Situation profitiert. Einkommensreichtum auf der einen Seite und Einkommensarmut auf der anderen verharren trotz zuletzt leichter Rückgänge auf hohem Niveau.

Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat zugenommen. Während die obere Einkommensschicht ihr Einkommen erheblich steigern konnte, blieben die mittlere und insbesondere die untere Einkommensschicht deutlich dahinter zurück. Insbesondere die Markteinkommen sind ungleich verteilt und diese Ungleichheit ist über die vergangenen Jahrzehnte deutlich gestiegen. Wachsende Lohnungleichheiten sind der entscheidende Treiber für die steigende Ungleichverteilung der verfügbaren Einkommen. Damit sind die Markteinkommen zentral, wenn es darum geht, die Einkommensungleichheit in Deutschland zu verringern.

Die wachsende Einkommensungleichheit wird durch den Rückgang der Einkommensmobilität verstärkt. Seit den 1990er Jahren sind immer mehr Haushalte dauerhaft arm bzw. dauerhaft reich, das heißt, wer einmal arm ist, der bleibt es mit hoher Wahrscheinlichkeit.



Dorothee Spannagel „Das Problem ist die gesunkene Einkommensmobilität. Es gilt zunehmend: Wer arm ist, bleibt arm – Wer reich ist, bleibt reich.“

Die Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Präzise Aussagen über das Ausmaß sind aufgrund spärlicher Daten schwierig.

Die Vermögen sind noch weitaus ungleicher als die Einkommen verteilt. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen die Ungleichheit der privaten Nettovermögen im internationalen Vergleich besonders hoch ist. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen fast zwei Drittel des gesamten Nettovermögens.

Dabei ist beachtenswert, dass hohe Einkommen eine Quelle für Vermögenseinkommen darstellen und Vermögensbesitzer wiederum zusätzliche Einkommen über Dividenden, Zinsen,

Mieten, Pachten etc. erzielen. Diese enge Verbindung von Einkommen und Vermögen macht es für einkommensschwächere Haushalte extrem schwierig, aus eigener Kraft zusätzliche Einkommen zu generieren.



Hagen Krämer „Die zehn Prozent reichsten Haushalte besitzen fast zwei Drittel des gesamten Nettovermögens.“

Die Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und mindert die Wachstumschancen.

Das Einkommen bildet die Grundlage für persönliche Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Partizipation. Die Verteilung der Einkommen ist zentral für das subjektive Wohlbefinden der Menschen und wie sie ihre Situation in der Gesellschaft einschätzen und bewerten. Wenn die Ungleichheit zu groß wird, gefährdet dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wirtschaftliches Wachstum kann Einkommens- und Vermögensungleichheit begrenzen. Neuere Studien vertreten die Position, dass wachsende Einkommensungleichheit eine zentrale Ursache für geringes Wirtschaftswachstum bzw. für gesamtwirtschaftliche Instabilität sein kann. Zunehmende soziale Ungleichheit gefährdet also nicht nur den sozialen Frieden und das Vertrauen in die Gesellschaft und den demokratischen Staat, sondern verringert auch die Nachfrage und bremst das Wirtschaftswachstum.



Peter Kalmbach „Vermögen- und Erbschaftsteuer sollten ausschließlich dafür eingesetzt werden, eine extrem ungleich gewordene Vermögensverteilung zu bekämpfen. Den Begünstigten könnte damit signalisiert werden, dass man gewillt ist, ihnen Chancen zu geben, auf die frühere Generationen verzichten mussten. Bei denen, die durch diese Steuern belastet werden, würden durch die Aufhebung des Nonaffektationsprinzips für diese Steuern möglicherweise Steuerwiderstände reduziert.“

Die soziale Mobilität (Chance aufzusteigen) ist niedrig und gefährdet das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft.

Die soziale Ungleichheit schwächt die wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität einer Volkswirtschaft. In den letzten 20 Jahren haben Lohnzurückhaltung und ein wachsender Niedriglohnsektor deutschen Unternehmer_innen Vorteile verschafft. Gleichzeitig sind prekäre Beschäftigung und Ungleichheit stark angestiegen. Die wachsende Einkommensungleichheit verringert die soziale Mobilität in der Bevölkerung und gefährdet das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Die Verfestigung sozialer Schichten ist mit einer modernen Leistungsgesellschaft unvereinbar.



Gustav Horn „Die Wirtschaftswissenschaften sind in Bewegung: Das Dogma vom Markt, der immer Recht hat, ist aus gutem Grund nicht mehr zu halten.“

Die Bildungschancen von Kindern aus finanzschwachen Familien sind deutlich schlechter als von Kindern aus wohlhabenden Familien.

Bildung ist entscheidend, um Chancengleichheit, Integration und soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft herzustellen. In Deutschland bestimmt die finanzielle Situation der Eltern immer noch den Bildungserfolg und das Schulsystem gleicht herkunftsbedingte Ungleichheiten nicht aus. Mangelhafte Bildungschancen senken die Erwerbsmöglichkeiten und damit auch die soziale Mobilität und stehen so der Chancengleichheit im Weg. Niedrige Bildungsabschlüsse verschlechtern die Berufsaussichten und treiben darüber die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Die mangelnde Chancengleichheit verschwendet Talente und mindert den Wohlstand.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen dazu beitragen, die Markteinkommen zu stärken.

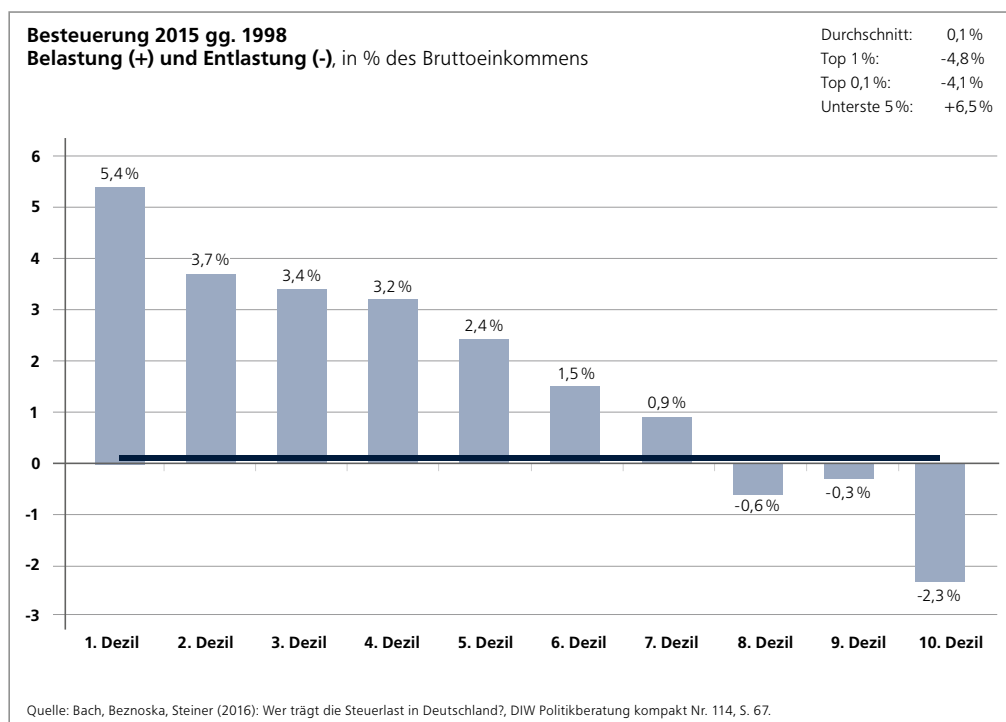
Die Hartz-Reformen haben im Gegenteil dazu beigetragen, dass sich die Ungleichheit verfestigt. Unabhängig davon, ob die Hartz-Reformen in der damaligen Situation nötig gewesen sind, müssen heute (niedrige Arbeitslosigkeit, moderates Wachstum, stabile Wirtschaftslage) Wege zu ihrer Überwindung gefunden werden. Der Mindestlohn ist hingegen ein Erfolg und hat die niedrigsten Einkommen substanziell erhöht – und das, ohne die Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Zudem sorgt der extrem hohe deutsche Exportüberschuss für Spannungen in Europa. Durch steigende Löhne sollte die Binnennachfrage in Deutschland erhöht werden.



Philipp Steinberg „In Deutschland wird im internationalen Vergleich erschreckend wenig Vermögen aufgebaut.“

Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber eine nennenswerte Vermögensbildung gelingt nur Wenigen.

Bezieher_innen hoher Einkommen können viel leichter Vermögen bilden bzw. schon vorhandenes Vermögen weiter erhöhen. Sie verfügen über den nötigen einkommensabhängigen Spielraum und über Vorteile hinsichtlich höherer Anlagebeträge, zudem sind sie in der Regel besser informiert. Einkommensschwachen Haushalten stehen diese Möglichkeiten nicht offen. Bestehende staatliche Maßnahmen zum Vermögensaufbau erreichen ihre Ziele nur teilweise, da sie die Sparfähigkeit von Geringverdiener_innen kaum erhöhen und Mitnahmeeffekte von Gutverdiener_innen bei Steuerfreibeträgen nach sich ziehen.



Der Staat braucht mehr Mut, öffentliche Güter bereitzustellen, die einen hohen gesellschaftlichen Nutzen stiften: Bildung, Wohnungen, (digitale) Infrastruktur.

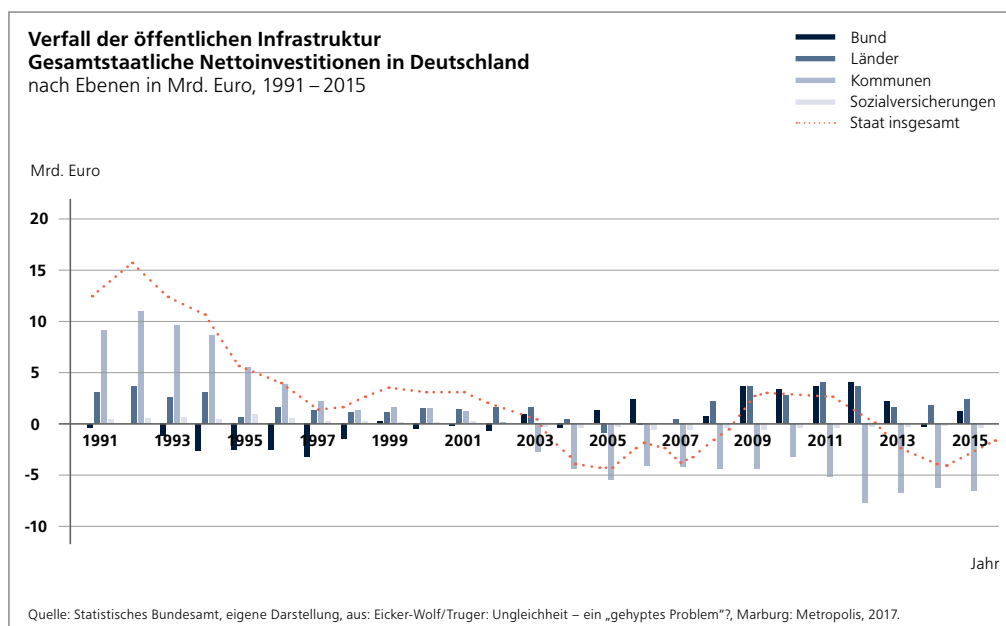
Deutschland verfügt im internationalen Vergleich noch über eine relativ gute Infrastruktur. Allerdings hat die Qualität in den vergangenen Jahren spürbar abgenommen. Die öffentliche Investitionsquote ist zu niedrig. Die staatlichen Netto-Investitionen sind negativ, d.h. die öffentliche Infrastruktur verfällt. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Wohnungen und (digitale) Infrastruktur verbessert insbesondere die Situation derjenigen, die infrastrukturelle Nachteile nicht mit eigenem Einkommen und Vermögen kompensieren können. Das kann Ungleichheit reduzieren.



Norbert Walter-Borjans „Gerechte Ausgabenpolitik ist nur über eine gerechte Einnahmenpolitik möglich.“

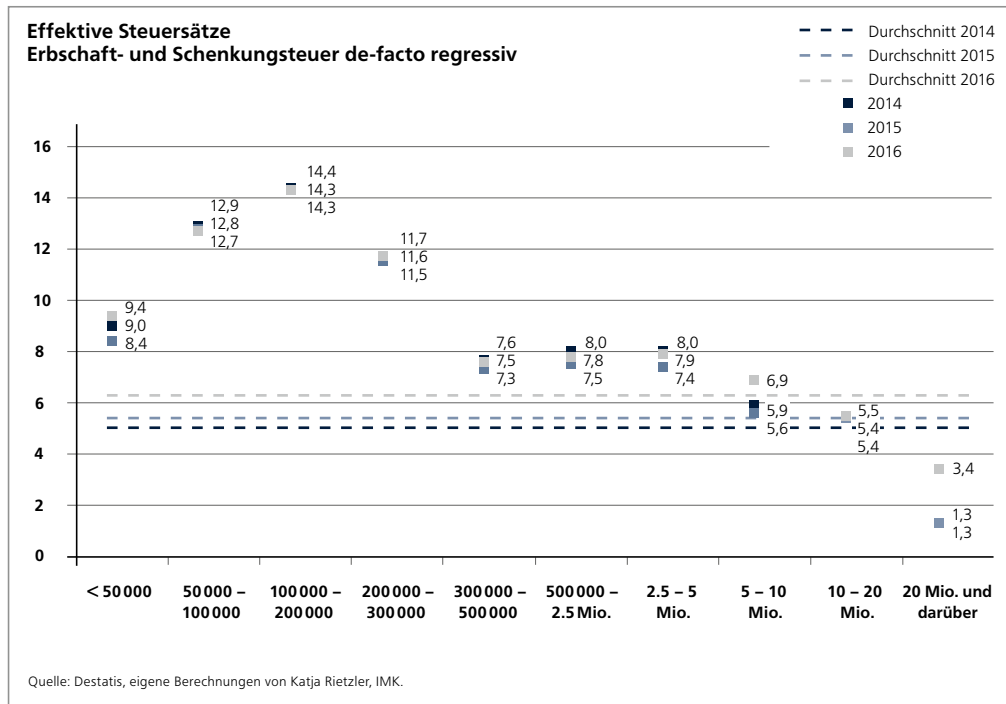
Die Schuldenbremse beschneidet das Königsrecht des Bundestages: Entscheidungen über das Budget.

Eine strikt regelgebundene Finanzpolitik ist unflexibel und verhindert sinnvolle Investitionen des Staates. Eine flexible und situationsabhängige Finanzpolitik kann den Wohlstand erhöhen. Für Kommunen gilt, dass Nettoinvestitionen nur bei Haushaltsüberschüssen möglich sind. Dies führt dazu, dass finanzschwache Kommunen nur weit unterproportional investieren können.



Die Erbschaftsteuer in Deutschland soll Ungleichheit vermindern.

Hohe Vermögen sind zu einem erheblichen Teil Betriebsvermögen. Diese dürfen bei der Erbschaftsteuer nicht weiter verschont werden, damit Ungleichheit abgebaut werden kann. Erforderlich ist eine komplette Abschaffung dieser Steuerprivilegien, wobei im Bedarfsfall eine Steuerstundung erfolgen kann.



Steuerkriminalität und -flucht beschneiden den staatlichen Handlungsspielraum und entziehen der Gemeinschaft Geld.

Für diese Ausrichtung ist die Bekämpfung von Steuervermeidung, -hinterziehung und -wettbewerb von besonderer Bedeutung. Internationale Steuervermeidungsstrategien sowie Steuerhinterziehung durch Privatpersonen und Unternehmen führen zur Aushöhlung des Leistungsprinzips und der im Steuersystem eigentlich angelegten Umverteilungsabsicht. Auch schaffen sie ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für einige international tätige Großunternehmen. Sie müssen daher viel energischer als bislang bekämpft werden. Dabei ist auch Transparenz darüber, wie Geld ausgegeben wird, wichtig: Die Bereitschaft, Steuern zu zahlen ist höher, wenn sichtbar ist, wie Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Macht spielt in der Wirtschaft eine wichtige Rolle: Wer die Verteilungsfrage beantworten will, muss die Machtfrage stellen.



Achim Truger „Das Paradigma regelgebundener Finanzpolitik bröckelt: Sozialdemokratische Politik sollte sich für gestaltende Finanzpolitik stark machen, die situativ entscheidet.“

POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN

EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT REDUZIEREN UND MATERIELLE SICHERHEIT SCHAFFEN

Weniger Ungleichheit wird mit folgenden Maßnahmen erreicht:

Primäreinkommen stärken (gute Arbeit – gerecht entlohnt, gesund, qualitativ und höhere Tarifbindung)

- Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns ist eine erfolgreiche Maßnahme, die die Primäreinkommen der unteren Einkommen nachhaltig gestärkt hat. Eine weitere Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro kann diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und niedrige Löhne und Gehälter substanziell erhöhen. Ein höherer Mindestlohn steigert darüber hinaus die Binnennachfrage.
- Die Tarifbindung ist rückläufig und schwächt die Chancen von Arbeitnehmer_innen auf ein gerechtes Einkommen und gute Arbeitsbedingungen. Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, verbessert die Situation der Arbeitnehmer_innen deutlich. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung sollte daher vereinfacht und regelmäßig angewendet werden. Ein Blick nach Österreich könnte ebenfalls eine Anregung geben: Dort sorgt eine Pflichtmitgliedschaft in den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer_innen und der Arbeitgeber_innen dafür, dass die Position der Tarifpartner gestärkt wird. Dort beträgt die Tarifbindung über 90 Prozent.
- Zurückdrängen von Minijobs
- Gender-Pay-Gap schließen
- Zurückdrängen von „Arbeit auf Abruf“ und Leiharbeit



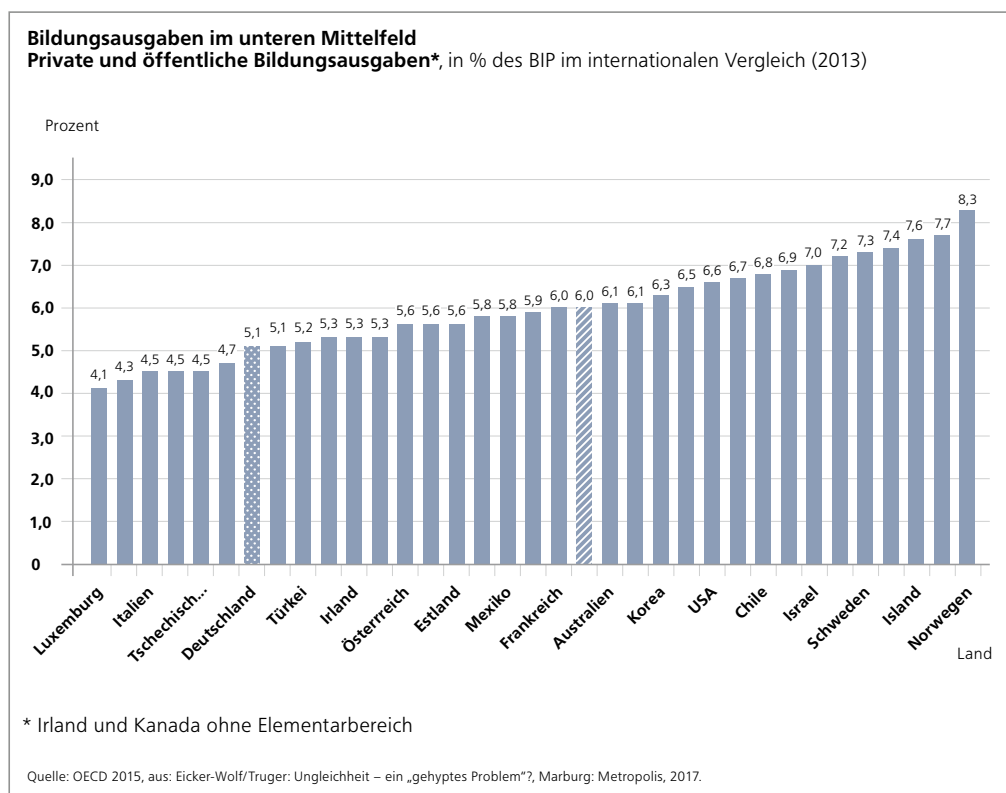
Michael Schrodi „Die SPD muss dabei ihren historischen Markenkern stärken: die soziale Gerechtigkeit.“

In (frühkindliche) Bildung und (digitale) Infrastruktur investieren

- Investitionen in Bildung und insbesondere frühkindliche Bildung sind essentiell, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und schlechtere Ausgangssituationen finanziell benachteiligter Personengruppen wirkungsvoll auszugleichen. Daher ist ein kostenloser Kita-Platz ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit: Die Segregation der Kinder und unterschiedliche Kapazitäten und Hintergründe der Eltern werden durch den Besuch von Kindertagesstätten zum Teil ausgeglichen und ermöglichen den Kindern die freie Entfaltung.

Den Eltern und insbesondere den Müttern ermöglicht ein flächendeckendes kostenloses Kita-Angebot die Freiheit zu arbeiten. Insbesondere für Frauen bietet diese Infrastruktur die Möglichkeit, tradierte Rollenbilder zu überwinden und aufgrund eines Kindes nicht mehr darauf zu verzichten, ihren Beruf auszuüben und so gegebenenfalls in finanzielle Abhängigkeit zu geraten.

- Ausbau von bedarfsgerechter Kinderbetreuung (24-Stunden-Kita)
- Lehrer_innen und Erzieher_innen erfüllen existenziell wichtige Aufgaben für unsere Gesellschaft. Ihnen gebührt nicht nur unser Respekt, sondern ein auskömmliches Einkommen und gute Arbeitsbedingungen. Die Berufe in Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen müssen gute Bedingungen aufweisen, damit viele talentierte junge Menschen eine Karriere in diesem Bereich antreten wollen. Dazu können gut ausgestattete Bildungseinrichtungen einen Beitrag leisten. Auch höhere Mindestlöhne und Tarifverträge machen die Arbeit in Bildungsinstitutionen attraktiver.
- Deutschlands öffentliche Infrastruktur muss durch Investitionen gestärkt werden, um den zu beobachtenden Verzehr des staatlichen Kapitalstocks zu stoppen. Dazu sind weitreichende Investitionen in Bildung, Verkehr und digitale Infrastruktur notwendig.



Öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern

Der Wohnungsmarkt liefert ein gesellschaftlich unerwünschtes Ergebnis: Die Wohnkosten in vielen Städten steigen rasant und führen dazu, dass finanzschwache Menschen an den Stadtrand gedrängt werden oder sie einen wesentlichen Teil ihres Einkommens für Mietzahlungen aufwenden müssen. Öffentlicher Wohnungsbau kann dazu beitragen, das Mietniveau in Ballungsräumen zu senken, mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen und spekulative Leerstände zu begrenzen. Darüber hinaus reduziert öffentlicher Wohnungsbau die Ungleichheit und kann gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöhen. Um den öffentlichen Wohnungsbau zu fördern, könnte ein Investitionsfonds des Bundes aufgelegt werden, der in enger Abstimmung mit Ländern und Kommunen Projekte plant und kofinanziert.

- Die Förderung von (gemeinnützigen) Wohnungsbaugenossenschaften kann dazu beitragen, die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu reduzieren und gleichzeitig die Wohnungsnot lindern. Durch eine Verbesserung des regulativen Rahmens und finanzielle Anreize des Staates kann der Anteil genossenschaftlich organisierten Wohnraums gezielt

erhöht werden. Denkbar sind KfW-Förderungen und die Bevorzugung beim Kauf von Baupland und der vereinfachten Erteilung von Baugenehmigungen für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften.

- Bei der Reform der Grundsteuer sollten Anreize zur intensiveren Bodennutzung gesetzt werden, z. B. durch eine Bodenwertsteuer.
- Maßnahmen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs und Fokus auf bessere Nutzung bestehender Wohnungen, z. B. durch eine Zweitwohnungssteuer.

Die Starken beteiligen	Die Mitte stärken	Die Armut verhindern
1 Unternehmensgewinne effektiver besteuern 2 Finanztransaktionen besteuern 3 Private Steuerhinterziehung verfolgen 4 Kapitalerträge wieder progressiv besteuern 5 Spitzensteuersatz wieder anheben <i>Soli in Tarif eingliedern</i> 6 Reaktivierung der Vermögensteuer 7 Erbschaft- und Schenkungsteuer ohne Privilegien 8 Reform der Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer	9 Das Tarifsystern stärken 10 Staatsausgaben verteilungsgerecht gestalten / <i>regionale Disparitäten</i> 11 Mehr Kindergeld statt Familien- oder Ehegattensplitting 12 Ein bedingungsloses Kapitaleinkommen 17 Bezahlbaren Wohnraum schaffen	13 Mindestlohn schneller steigern 14 Prekäre Beschäftigung eindämmen 15 Gesetzliche Rente stärken 16 Langzeitarbeitslose nicht zurücklassen

Quelle: IMK Report 129.

Erbschaftsteuer leistungsgerecht gestalten

- Die Erbschaftsteuer besteuert leistungslose Einkommen. Die Verschonung von Betriebsvermögen führt de-facto zu einer regressiven Besteuerung, obwohl die Steuersätze nominal progressiv sind. Um zu einer progressiven Besteuerung von Erbschaften zu gelangen, sollten Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer herangezogen werden und die bisherigen Privilegien aufgehoben werden. Um eventuelle Härten für Betriebe abzufedern, sollte bei Bedarf eine Steuerstundung bzw. eine stille Beteiligung des Staates ermöglicht werden.
- Abbau von Freibeträgen und Ausnahmeregelungen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer (einmaliger Freibetrag)
- Freibeträge für Mitarbeiterbeteiligungen erhöhen



Katja Rietzler „Um Ungleichheit zu verringern, dürfen Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer nicht länger verschont werden!“

Weitere Maßnahmen

Darüber hinaus wurden in der Diskussion am Samstagnachmittag folgende weitere Maßnahmen identifiziert:

- Schuldenbremse abschaffen und Logik der schwarzen Null überwinden
- Negative Einkommensteuer für niedrige Einkommen einführen
- Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer
- Steuer- und Abgabensystem geschlechtergerecht gestalten, z. B. durch die Aufhebung des Ehegattensplittings
- Hohe Einkommen stärker besteuern
- Abgeltungsteuer abschaffen
- Beitragsbemessungsgrenze aufheben
- Finanztransaktionssteuer einführen
- „Erbchaft für alle“ einführen
- Investitionsfonds für öffentliche Investitionen auflegen
- Ökologische Lenkungssteuern: CO₂ stärker besteuern, ökologische Alternativen fördern, die DB und den ÖPNV attraktiver machen
- Umlagefinanzierte Rente und Erwerbsminderungsrente stärken + Riester- und Rürup-Rente abschaffen
- Steuerverwaltungen und Finanzgerichte personell und organisatorisch angemessen ausstatten
- Steuerflucht und Steuerkriminalität bekämpfen
- Effiziente Verwaltung schaffen
- Öffentliche Daseinsvorsorge fördern
- Vermögensbildung von finanzschwachen Bürger_innen fördern
- Echte Industriepolitik in strukturschwachen Regionen.



Markus Grabka „Die Vermögensbildungspolitik sollte überdacht werden mit einer Fokussierung auf die untere Hälfte der Bevölkerung. Hierbei wäre auch an ein Staatsfondsmodell zu denken.“

PROGRAMM

EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT – Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen

Freitag, 11. Januar 2019, 19:30 – 22:00 Uhr

BEGRÜSSUNG

PRÄSENTATION EINER STUDIE ZUM THEMA „MARKTEINKOMMENS-, NETTO-EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT: EMPIRISCHER BEFUND“

Prof. Dr. Hagen Krämer, Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft
(FES-Publikation in Vorbereitung)

KOREFERATE / KOMMENTARE

Dr. Dorothee Spannagel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

Dr. Markus Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

DISKUSSION MIT ALLEN TEILNEHMER_INNEN

Samstag, 12. Januar 2019, 9:00 – 13:00 Uhr

PRÄSENTATION VON ZWEI STUDIEN ZUM THEMA „MARKTEINKOMMENS-, NETTO-EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT: POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN“

Prof. Dr. Achim Truger, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Berlin
(FES-Publikation „Gestaltende Finanzpolitik“)

Dr. Katja Rietzler, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf
(IMK-Publikation „Was tun gegen die Ungleichheit?“)

KOREFERATE / KOMMENTARE

Michael Schrodi, MdB, Mitglied im Finanzausschuss

Dr. Norbert Walter-Borjans, ehem. Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

DISKUSSION MIT ALLEN TEILNEHMER_INNEN

Samstag, 12. Januar 2019, 16:00 – 20:00 Uhr

WORKSHOPS MIT ALLEN TEILNEHMER_INNEN IM RAHMEN VON ZWEI PARALLELEN ARBEITSGRUPPEN

Zielorientierte Diskussion einzelner Aspekte der Studien/Koreferate; Zusammenführung der Diskussionsergebnisse zu progressiven Politikempfehlungen; bei der Auswahl der Politikempfehlungen sollen die Kriterien Konsistenz, Wirksamkeit und politische Umsetzbarkeit beachtet werden.

Moderator_innen/Berichterstatter_innen nehmen die Ergebnisse der Diskussionen in den beiden Arbeitsgruppen auf, um sie später im Plenum zu präsentieren.

Protokollant_innen nehmen die Ergebnisse der Arbeitsgruppendifkussionen auf, um sie im Nachgang zur Tagung zusammen mit den Ergebnissen der Plenumsdiskussion in die schriftliche Dokumentation der Tagungsergebnisse einfließen zu lassen.

Kristin Biesenbender, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

Timm Leinker, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

ZUSAMMENFÜHRUNG UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN IM PLENUM

Kurze Präsentation der Ergebnisse aus den beiden Arbeitsgruppen durch die Moderator_innen; anschließend Überprüfung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen auf inhaltliche Konsistenz, Wirksamkeit und politische Umsetzbarkeit sowie Priorisierung der wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen in großer Runde.

IMPRESSUM

© 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9219, www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Titelfoto: © iStock / Gang Zhou

Fotos: Stefan Loeber

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

ISBN 978-3-96250-352-9

